

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regulierungspreis: Die Druck- und Verlagsanstalt Auergebirge, Auer, Erzgebirge, hat sich verpflichtet, die Druck- und Verlagsanstalt Auergebirge, Auer, Erzgebirge, zu übernehmen. Die Druck- und Verlagsanstalt Auergebirge, Auer, Erzgebirge, hat sich verpflichtet, die Druck- und Verlagsanstalt Auergebirge, Auer, Erzgebirge, zu übernehmen.

Nr. 231

Donnerstag, den 3. Oktober 1918

13. Jahrgang

Kronratsitzungen in Berlin und Dresden.

Die neue Regierung im Reiche und in Preußen.

Zur inneren Lage.

Prinz Max von Baden Reichkanzler.

Dem „A. T.“ wird aus Berlin berichtet: Die Situation ist diese: Prinz Max von Baden hat die Kanzlerschaft endgültig übernommen. Er wird der achte Kanzler des Deutschen Reiches. Das Kabinett, an dessen Spitze er treten wird, wird kein Koalitionsministerium sein. Die konservative Reichstagsfraktion hat sich zwar bereit erklärt, vermutlich aus ähnlichen Erwägungen heraus wie die westfälischen Nationalliberalen, unter Aufopferung früherer Auffassungen an der Regierung teilzunehmen, mit der Tendenz auf einen ehrenvollen Frieden. Aber von Deuten, die wir für unterrichtet halten müssen, hören wir, daß Prinz Max selber im großen die Mitwirkung der Konservativen nicht wünsche, vermutlich aus Erwägungen außenpolitischer Natur. Dagegen sähe er die Teilnahme der Nationalliberalen gern, die ja auch wohl schwerlich zu entbehren sein werden, wenn man die neue Regierung nicht jedem Zufall preisgeben will. Die Nationalliberalen selbst sind nach wie vor zum Eintritt in das Kabinett bereit, haben sich aber schon um deswillen noch nicht endgültig entscheiden können, weil im Reichstag das Programm der neuen Regierung ja noch gar nicht vorliegt. Was vorhanden ist, ist ein Entwurf der Mehrheitsparteien, wohlverstanden, ein Entwurf, zu dem auch der neue Kanzler erst noch sozusagen Stellung zu nehmen hat. Vom Prinzen Max aber erzählt man sich, daß auch er selber ein Regierungsprogramm mitgebracht hat.

Die Parlamentarisierung wird übrigens enger sein als anfänglich angenommen worden war. Es werden nur drei Staatssekretariate fürs erste parlamentarisch besetzt werden. Um nun einen Ausgleich zu schaffen, soll eine Reihe von Ressorts parlamentarische Unterstaatssekretäre erhalten. Auf Preußen wird sich die Parlamentarisierung im Augenblick nicht erstrecken, wenigstens es auch da, wie schon mitgeteilt, zu einigen Personalveränderungen kommen dürfte. In parlamentarischen, wie in Regierungskreisen nimmt man an, daß die Kabinettsbildung bis heute (Mittwoch) abend abgeschlossen sein wird. Es ist in der Tat Zeit, daß das Deutsche Reich in diesen Tagen herausfindet, wer die Entscheidungen nicht mehr länger überlassen ist.

Die „Liberalen Korrespondenz“, das Organ der fortschrittlichen Volkspartei, schreibt: Innerhalb der Mehrheitsparteien besteht die Meinung, daß die nationalliberalen Parlamentarier, die der Regierung angehören, in ihr verbleiben. Schon dadurch allein ist bereits eine starke Vertretung der Nationalliberalen gegeben, denn der bisherigen Regierung gehören an die nationalliberalen Parteiführer Dr. Friedberg, v. Krause und Schiffer.

Das Programm der Mehrheitsparteien.

Von dem Programm der Mehrheitsparteien entwickelt die „Germania“, das Zentrumblatt, folgenden Bild: Daß die Kriegspolitik voll und ganz auf dem Boden des Verständigungsfriedens im Sinne der Juli-Resolution steht, braucht kaum besonders gesagt zu werden. Ebenso ergibt sich aus der Entwicklung, die die Erörterung der Wählerbundfrage genommen hat, von selbst, daß die neue Regierung die Juli-Resolution in vielen Punkten verdeutlicht. Eine Erklärung über Belgien wird natürlich auch nicht fehlen können. Endlich wird man erwarten dürfen, daß die Regelung der Ostfragen in der Richtung entschlossener Durchsührung des Selbstbestimmungsrechts der Völker eingeleitet wird. Innerpolitisch steht die preussische Wahlrechtsfrage im Vordergrund, aber auch die strenge Vereinheitlichung des ganzen Regierungsaufbaues und die Milderung des Belagerungsgrundgesetzes, von deren Notwendigkeit sich ja Graf Hertling überzeugt hatte. Wir nehmen ferner an, daß in bezug auf die staatsrechtliche Zukunft der Reichslands Forderungen in das Programm aufgenommen sind.

Der Beschluß der Konservativen.

Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstags hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Die konservative Fraktion war und ist entschlossen, sich auf den Boden des kaiserlichen Erlasses vom 30. September dieses Jahres zu stellen und sich,

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 3. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wurden feindliche Angriffe nördlich von Staden, nordwestlich und westlich von Roselare abgewiesen. Wir machten hierbei etwa 200 Gefangene. Ebenso scheiterten am Abend Tealangriffe des Gegners beiderseits der Straße Ypern—Menin. Armentieres und Lens wurden in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober kampflos geräumt. Wir bezogen rückwärtige Stellungen östlich dieser beiden Städte. Der Feind ist im Laufe des Tages teilweise nach harter Artillerievorbereitung auf verlassene Stellungen über die Linie Fleurbaug—La Bassée—Hulluch gefolgt. Vor Cambrai ruhiger Tag. Tealangriffe des Gegners auf der Scheldenebene bei und südlich von Rumilly wurden abgewiesen. Stärkere Angriffe und Vorstöße gegen unsere neuen Linien nördlich von St. Quentin scheiterten.

Seezerguppe Kronprinz.

Südwestlich von Antzy—Le—Chateau und nördlich von Plain schlugen wir Tealangriffe des Gegners ab. Schleswig-holsteinische Regimenter verteidigten ihre Stellungen auf dem Rücken des Chemin—des—Dames gegen starke feindliche Angriffe. Vorseidkämpfe vor unseren Linien nordwestlich von Reims. Der Feind stand hier am Abend in Linie Chaubarde—Cormicy und bis vor dem Wisne-Kanal.

In der Champagne setzte der Franzose mit starken Kräften seine Angriffe östlich der Suippe gegen St. Marie—a—Py, sowie zwischen Sommepey und Montfils fort. Östliche Einbruchsstellen südlich von Orseuil wurden in Gegenstößen verkleinert. Auf der übrigen Front sind die Angriffe vor unseren Linien gescheitert. Auch beiderseits der Wisne und in den Argonnen blieben Tealangriffe des Feindes ohne Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

„Einsiehe für Pflichterfüllung“

Die zum Neupersten! Das hat einst ein deutscher Offizier dem Kaiser aus dem fernen Kaukasus gebräutet, als schon der Tod an die Türe seiner Festung pochte.

Auch vor der Festung Deutschland steht der Tod. Mit Mai schon ist der Ausfall gesichert, der glühende Schmelzer zurückgelassen. Jetzt wird zum neunten Male Sturm geblasen. Die in die letzten Asten und Winkel des Reichs dringt der Ruf zur neuen Offenbarung des Geistes, zum neuen Weltkampf der sidernen Augen, wie einer Feindesbühnen sich einst ausgedrückt hat.

Spannung hält die Welt gefangen. Wird die Geschichte ein den Asten wieder erzählen: „... und alle, alle kamen!“ Die dürfen nicht anderes hören und werden nicht anderes hören, unsere Ansel, wenn jeder für uns einsteht für Pflichterfüllung die zum Neupersten!

Davum zeichne!

32000 Tonnen versenkt.

Darunter die „Kronprinzessin Cecilie“ als amerikanischer Cruppentransporter.

(Amtlich.) Berlin, 2. Oktober. Im Sperrgebiet am England versenkten unsere U-Boote 32000 Brl., darunter einen amerikanischen Cruppentransportdampfer von etwa 7000 Brl. Außerdem wurde der amerikanische Cruppentransportdampfer „Mount Vernon“, der frühere Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, Kronprinzessin Cecilie, torpediert; der Erfolg konnte jedoch nicht beobachtet werden. Nach feindlichen Pressenachrichten ist der Dampfer beschädigt in einem Hafen eingebracht. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bern, 2. Oktober. Als Opfer eines U-Bootes adht bis erst jetzt eingetroffene Chicago Daily Tribune vom 30. Juli u. a. den englischen Dampfer Cystia von 6387 Brl. auf, der am 28. Mai im Mittelmeer ohne Menschenverluste versenkt worden ist.

auch unter Opfern der Ueberzeugung, an einer Regierung zu beteiligen, die sich zur Aufgabe macht, alle Kräfte des Volkes in geschlossener Einheitsfront für die ehrenvolle Beendigung dieses Krieges einzusetzen.“

Der Zusammentritt des Reichstages.

Nach einem Beschlusse des Reichstagesauschusses des Reichstages wird das Plenum Dienstag, den 8. Oktober, spätestens Mittwoch, den 9. Oktober, zusammentreten, um die Erklärung der Regierung entgegenzunehmen.

Kronrat in Dresden.

Unter dem Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen fand gestern in Dresden eine Sitzung des gesamten Ministeriums statt.

Ansprechung des Reichskanzlers Hertling.

Der Kaiser hat dem bisherigen Reichskanzler Grafen Hertling den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Der Eindruck der Krise in England.

Die „Times“ schreiben: „Wang England verfolge die Umwandlung des Regierungsfaktors in Deutschland mit größtem Interesse. Man sei aber der allgemeinen Auffassung, daß das Endziel dieses Krieges durch ein verspätetes Einlenken des Feindes kaum noch gewandelt werden könnte, nachdem vier blutige Kriegsjahre unter dem deutschen Mächthunger gestanden haben. Nicht die Dinge in Deutschland, sondern die Entwicklung der Schlachten in Frankreich und auf den übrigen Kriegsschauplätzen wird das Schicksal Europas bestimmen.“

Frankreich und der Regierungswandel.

Aus Paris eingetroffene Nachrichten lassen erkennen, daß die innerpolitische Entwicklung in Deutschland von der französischen Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wird, daß aber die maßgebenden politischen Kreise eine Rückwirkung auf die Friedensfrage nicht erwarten. Der halbamtliche „Temps“ befaßt sich in seiner gestrigen Nachmittagsausgabe mit der im Fluß befindlichen Bildung eines deutschen Mehrheitskabinetts und stellt die Behauptung auf, daß auch dieses keine Garantien für eine Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten zu bieten vermöge. Das Blatt erklärt ironisch, daß die deutsche Regierung auch durch die Parlamentarisierung nur die Farbe wechselt. An Stelle der schwarzen Richtung (gemeint ist das Zentrum) würde die rote der Sozialisten treten; das sei aber alles, denn sowohl Fortschrittler wie Sozialdemokraten lehnten es ab, Eliaß-Notdringen herauszugeben, da sie das geraubte Land anscheinend als Nationaleigentum betrachten. (1)

Hohe Verhandlungsaussichten.

Nach einer Pariser Meldung des Londoner „Daily Express“ erklärte General Hoch auf eine an ihn gerichtete Anfrage über die Friedensmöglichkeiten, daß an den Frieden mit Deutschland selbst dann noch nicht gedacht werden könne, wenn die allierten Heere am Rhein stehen würden. Hoch erklärte sodann: Der Friede, den Frankreich brauche, könne erst nach vollständiger Vernichtung und Zerstümmerung Deutschlands geschlossen werden.

Der bulgarische Waffenstillstand.

Bulgarien hat nun tatsächlich den Waffenstillstand mit der Entente abgeschlossen. In Berlin war diese Tatsache schon seit zwei Tagen bekannt, man wagte jedoch nicht zu glauben, daß es wirklich der Fall sein könnte und hoffte wohl noch, daß vielleicht die Sorjanje, die ja am 30. September zusammentrat, eine Wendung der Dinge herbeiführen werde. Die Erwartungen der deutschen Regierung erfüllt zu haben. Man muß heute mit der Tatsache des abgeschlossenen Waffenstillstandes rechnen. Und da ja anzunehmen ist, daß in langen Verhandlungen, die Bulgarien mit der Entente führte, alle Einzelheiten für den Fall eines Friedens besprochen worden sind, wird man auch nicht daran zweifeln können, daß es nun auch zum Friedensschluß zwischen Bulgarien und der Entente kommt. Die bündnistreuen Elemente in Bulgarien wurden von der Partei Malinow überrollt und sind, wie es scheint, machtlos. Auch der König hat an Einfluß verloren. Seine Bündnistreue will gegen die Wächerschaften stehen, wie es scheint, feststehenden Regierung nichts bedeuten. Ueber den Aufenthalt des Königs der Bulgaren ist übrigens nichts bekannt geworden. Mit Sicherheit nimmt man an, daß er sich vielleicht gar nicht mehr im Lande befindet.

Wir stehen jetzt vor der großen Frage, was zu geschehen hat, nachdem Bulgarien abtrünnig geworden